

POLITISCHER BERICHT TÜRKEI

ÜBERSICHT

- **Jugendlicher ermordet italienischen Priester in Trabzon**
- **Reaktionen auf die Mohammed-Karikaturen in der Türkei**
- **Kritik an zwei Urteilen des türkischen Oberverwaltungsgerichts**
- **Info-Mail**

Jugendlicher ermordet italienischen Priester in Trabzon

Drei tödliche Schüsse wurden am vergangenen Sonntag auf den katholischen Priester Andrea Santaro der St. Marienkirche in Trabzon am Schwarzen Meer abgefeuert. Der Schütze, ein 16-jähriger Schüler aus Trabzon, soll nach bisherigen Erkenntnissen aus eigener Motivation gehandelt haben. Trotzdem ermitteln die Sicherheitskräfte in alle Richtungen. Unter anderem soll die Mafia Santaro bedroht haben, weil er Prostituierten Unterschlupf gewährt und versucht habe, sie von ihrem eingeschlagenen Weg abzubringen. Weitgehend ausgeschlossen wird mittlerweile ein Zusammenhang mit den „Mohammed-Karikaturen“.

Der türkische Innenminister Abdülkadir Aksu fuhr höchstpersönlich nach Trabzon, um sich vor Ort ein Bild von den Ermittlungen zu machen. Er versprach eine lückenlose Aufklärung des Verbrechens. Für den Präsidenten des Amtes für Religionsangelegenheiten, Prof. Dr. Ali Bardakoğlu, ist dieses Verbrechen eine Provokation. *„Ich bin schockiert und traurig, weil hier ein Verbrechen verübt wurde, dessen Opfer ein Mann der Religion ist, das Verbrechen in einem Gotteshaus verübt wurde und während dem Gottesdienst. Alle diese Gründe verstärken meine Trauer. In unserer Religion gibt es keinen Platz für die Ermordung eines Menschen.“*

Presseberichten zufolge, habe der Jugendliche widersprüchliche Angaben gemacht. So soll Santaro ihm öfter Geld gegeben haben. An seinem Todestag wollte er jedoch nicht zahlen, weil der Schüler mit vier Freunden in der Kirche erschienen sei, die alle Geld von Santaro forderten. Aufgrund seines verletzten Stolzes sei er daraufhin alleine zur Kirche zurückgekehrt und habe den Priester erschossen. Der ältere Bruder des Täters

vermutet im Hintergrund eine islamische Sekte, die seinen Bruder benutzt hätte. Ein weiteres Motiv könnte im Zusammenhang mit der Thematik der „Missionierung“ stehen. Das Missionarswesen ist in der Türkei immer wieder Gegenstand unreflektierter und heftiger Diskussionen. Es wird in einer ideologisch verbrämten Weise politisch instrumentalisiert.

Die Ermordung von Santaro hat eine innertürkische Diskussion über die Stadt Trabzon am Schwarzen Meer ausgelöst, weil die Tat ein bisheriger Höhepunkt in einer Reihe von negativen Vorfällen in der letzten Zeit gewesen ist. Vor Monaten versuchten aufgebrachte Passanten, einige Vertreter eines linksgerichteten Vereins von Angehörigen Inhaftierter zu lynchen. Nur die Polizei konnte schlimmeres verhindern. Danach berichteten die Medien über zwei türkische Nationalspieler des Fußballvereins Trabzonspor, die von der Mafia erpresst würden. Da Gökdeniz Karadeniz und Fatih Tekke sich weigerten Schutzgeld zu bezahlen, wurden auf ihre Autos und auf das Modegeschäft der Gattin eines Fußballers geschossen. Fatih Tekke wird von Zivilpolizisten auf das Spielfeld begleitet und Gökdeniz Karadeniz ist vom türkischen Fußballverband für 10 Monate gesperrt, weil er in einen Fußballwettskandal involviert war.

Die Gründe für alle diese Vorkommnisse müssen in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der letzten Jahre gesehen werden, die zu einer explosiven Gemengelage in Trabzon geführt haben. Der Trabzoner AKP-Abgeordnete Asım Aykan, der von 1994-2002 auch Bürgermeister der Stadt war, vermutet das Problem im Zusammenbruch des Ostblocks. Tradierte Strukturen seien damit vollständig weg gebrochen und die ganze Region wäre seit 1989 von Menschen aus den Schwarzmeeraanrainerstaaten regelrecht überrannt worden. Neben dem ambulanten „Kofferhandel“, äußerte sich dies insbesondere in der Prostitution von Frauen aus Russland, Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Die Koffertouristen, die immerhin auch den Handel kräftig ankurbelten, bleiben mittlerweile aus, die Prostituierten hingegen sind geblieben.

Die Wirtschaftskrisen der letzten Jahre und die hohe Arbeitslosigkeit, die mit offiziellen 13% über dem Landesdurchschnitt liegt, hat die Kriminalität noch verstärkt. Vertreter von Handelskammer und örtlichem Unternehmerverband befürchten, dass durch die neusten Vorkommnisse auch dringend benötigte potentielle Investoren abgeschreckt werden könnten. Der Gouverneur hingegen lobt in höchsten Tönen die Affinität der Trabzoner zu Schusswaffen, die nicht zuletzt die PKK davon abgehalten habe, in der Region aktiv zu werden. Dies muss als Versuch bewertet werden, von der eigenen Verantwortung abzulenken. Es drängt sich das Gefühl auf, dass die Ermordung Santaros ein wenig auch als Kollateralschaden dargestellt wird.

Die Hafenstadt am südöstlichen Ufer des Schwarzen Meeres war immer schon ein wichtiger Handelsplatz und als das historische Trapezunt gar Hauptstadt eines Kaiserreichs. Nach der Eroberung Konstantinopels durch die Kreuzfahrer des vierten Kreuzzuges 1204 bildete sich das Kaiserreich Trapezunt als einer der Nachfolgestaaten des Byzantinischen Reiches. Die Dynastie der Komnenen bestand bis 1461 fort, bevor sie dem Ansturm der Osmanen nicht mehr widerstehen konnte. Eine große christliche Bevölkerung lebte noch bis zum Bevölkerungsaustausch mit Griechenland Anfang der zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts in Trabzon. Insofern kann man dort auf interreligiöse Erfahrungen und eine gewachsene Toleranz zu anderen Religionen zurückblicken; dies macht dieses Verbrechen noch unverständlicher.

Reaktionen auf die Mohammed-Karikaturen in der Türkei

Der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdoğan hatte schon am 18. November 2005, während eines Arbeitsbesuchs in Kopenhagen, seinen dänischen Amtskollegen Rasmussen auf diese Karikaturen aufmerksam gemacht und mitgeteilt, dass sich ein Muslim dadurch in seinen religiösen Gefühlen erheblich verletzt fühle. Dass nun nach Monaten eine solche große Protestwelle die islamische Welt überrollt, konnte jedoch niemand voraussehen. Auch türkische Muslime sind über diese Karikaturen empört und es kommt zu Demonstrationen. Obwohl in einigen wenigen türkischen Städten mittlerweile dänische Fahnen verbrannt wurden, äußert sich der Protest hierzulande aber überwiegend moderat.

Die Verantwortlichen vor Ort sind empört über die inakzeptablen Reaktionen in einigen islamischen Ländern, weil sich dies kontraproduktiv gegen über ihrem eigentlichen Protest auswirke. Aufgrund der Ausschreitungen in Syrien, Libanon, Afghanistan und Indonesien gehe nämlich die „gerechte Sache“ unter, so die Befürchtung vieler. Anstelle über die Karikaturen zu reden, werden nun die Muslime verallgemeinernd angeklagt. Appelle der Vernunft und Zurückhaltung von türkischer Seite sollen auch einer weiteren Zuspitzung des Konflikts einen Riegel vorschieben, da ansonsten bleibende Schäden im Verhältnis der islamischen zur westlichen Welt befürchtet werden.

International gelobt wurde der offene Brief des türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdoğan und seines spanischen Amtskollegen Jose Luis Rodriguez Zapatero zum Abbau der Spannungen, der in wichtigen europäischen Zeitungen abgedruckt wurde. Darüber hinaus hat sich der türkische Ministerpräsident in einem Schreiben an über 100 Staats- und Regierungschefs für eine Beendigung der Streitigkeiten eingesetzt. In einer Presseerklärung anlässlich eines Besuches von hochrangigen AKP-Politikern Anfang Februar 2006, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung zu politischen Gesprächen nach Berlin eingeladen waren, lobte der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble MdB den mäßigenden Einfluss des türkischen Ministerpräsidenten. Der Aufruf der beiden Politiker geht auf das Projekt der „Allianz der Zivilisationen“ zurück, das von dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, auf Vorschlag der Türkei und Spaniens, im Juli 2005 unterstützt wurde. Die „Allianz der Zivilisationen“ ist der Versuch der internationalen Gemeinschaft neue Instrumente für die gegenseitige Verständigung und Zusammenarbeit zwischen der islamischen und westlichen Welt zu entwickeln, um Konflikte auf ethnischer, religiöser und kultureller Grundlage zu vermeiden. In Doha soll Ende Februar 2006 das zweite Treffen der Gruppe der Allianz der Zivilisationen stattfinden.

Hilfreich ist auch der gemeinsame Aufruf von Vereinten Nationen, Europäischer Union und der Organisation der Islamischen Konferenz, einem Zusammenschluss aller muslimischen Staaten. Generalsekretär dieser Organisation ist der türkische Professor Ekmeleddin Ihsanoğlu. Seine Wahl vor einem Jahr war Ausdruck des wachsenden Einflusses der Türkei in der islamischen Welt. Darüber hinaus hat die Weigerung türkisches Staatsgebiet für den Aufmarsch amerikanischer Truppen für den Irak-Feldzug freizugeben, nachhaltig für Respekt bei vielen arabischen Führern gesorgt. Die Türkei hat damit außenpolitisch vielfältige Optionen in dieser Region, die Europa gemeinsam mit der Türkei nutzen sollte.

In diesem Sinne äußerte sich auch der deutsche Außenminister Steinmeier anlässlich seines Kurzbesuches in der Türkei am 14. Februar. In der gemeinsamen Pressekonferenz erklärten der türkische Außenminister Gül und sein deutscher Kollege, dass sie in der Beurteilung der Situation im Nahen Osten übereinstimmen würden. Steinmeier erklärte fer-

ner, dass die Türkei und Deutschland zusammen arbeiten sollten, um die Krise im Nahen Osten zu lösen. Laut Presseberichten soll auch der Iran-Konflikt zur Sprache gekommen sein. Außenminister Gül hatte bereits am Vortag erklärt, dass die Türkei keinen Angriff von seinem Territorium auf den Iran zulassen werde. Das Land werde sich aber an mögliche Entscheidungen der UN halten. Ferner wurden, laut Presseberichten, die türkischen Diplomaten angehalten, keinen offiziellen Kontakt mit Hamas-Vertretern aufzunehmen. Ankara sei aber indirekt mit der Hamas in Kontakt. Eine von dem türkischen Ministerpräsident ins Spiel gebrachte Vermittlungsinitiative, Einladung der Hamas zu einem Besuch der Türkei in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender der AKP, wurde insbesondere von Israel vehement abgelehnt. Am 16. Februar besuchte dennoch eine Delegation von Hamas unter Leitung von Khaled Meshaal auf Einladung der AKP die Türkei. Sie sollen auch mit Vertretern des türkischen Außenministerium zusammen kommen.

Anfang Februar hatte der französische Außenminister Philippe Douste-Blazy eine schwierige Mission in der Türkei zu absolvieren. In einem Gespräch mit dem türkischen Ministerpräsidenten kritisierte dieser scharf die Tatsache, dass die Mohammed-Karikaturen in der Zeitung „France Soir“ nachgedruckt wurden. Der türkische Staatspräsident brachte gegenüber dem französischen Gast sein Unverständnis für das angekündigte französische Referendum zum EU-Beitritt der Türkei zum Ausdruck.

Kritik an zwei Urteile des türkischen Oberverwaltungsgerichts

Die Kopftuchfrage und die Imam-Hatip-Schulen sind durch zwei Urteile des türkischen Oberverwaltungsgerichts (Danıştay) in Ankara wieder in den Mittelpunkt der innertürkischen Diskussion geraten.

Der erste Fall handelt von einer Grundschullehrerin, die zwar in der Schule kein Kopftuch trug, dieses aber auf dem Weg von und zur Schule anlegte. Neben den Beamtinnen ist das Tragen des Kopftuchs auch den Studentinnen und den meisten Schülerinnen verboten. Ihre Ernennung zur Schuldirektorin wurde von einem Gericht rückgängig gemacht. In einem langjährigen Rechtsstreit klagte sie erfolgreich dagegen. Das Oberverwaltungsgericht revidierte jedoch jetzt das Urteil der unteren Instanz. Ihr Auftreten mit Kopftuch außerhalb der Schule sei ein „schlechtes Beispiel“. Schüler könnten sehen, dass Sie ein Kopftuch trage und es nur für ihre Arbeitsausübung abnehme. Sie könnten dadurch beeinflusst werden, so das Gericht.

Die Urteilsbegründung gibt nun Anlass zur Kritik. Viele Prozessbeobachter werfen nun die Frage auf, ob das Gericht hier nicht eine „ideologische Entscheidung“ getroffen habe. Das Kopftuchverbot in der Türkei wird sehr strikt eingehalten. Die Definition des öffentlichen Raums sei nun aber auf die Strasse ausgeweitet worden, urteilen Kritiker. Das Urteil bedeutet eigentlich, so einige Rechtsexperten, dass Beamtinnen auch in ihrer Freizeit kein Kopftuch tragen dürften. Der bekannte Politologe Prof. Ümit Özdağ versteht das Urteil so, dass eine Frau ihr Kopftuch abnehmen müsse, wenn sie einen Brief auf das Postamt bringen möchte. Selbst Verfechter des türkischen Kopftuchverbots, wie der Rektor der Bahçeşehir Universität Prof. Dr. Süheyl Batum aus Istanbul, zeigen wenig Verständnis für dieses Urteil, weil die Definition von öffentlichem Raum und der Privatsphäre sich somit sehr nah gekommen seien. Es müsse eine klare Trennlinie gezogen werden zwischen denjenigen, die im öffentlichen Raum eine Dienstleistung erbrächten und denen, die eine empfangen.

Der zweite Fall behandelt den Hochschulzugang für Absolventen der Predigerschulen (Imam-Hatip-Schulen). Der Lehrplan dieser Schulen sieht neben dem normalen Stundenplan anderer türkischer Gymnasien zusätzliche Fächer, wie Arabisch, Koranlesen, Exegese etc. vor. Die Ergebnisse der Hochschulzugangsprüfung dieser Absolventen, der als „Fachschohlen oder Berufsfachsschohlen“ bezeichneten Lehranstalten, werden mit einem geringeren Koeffizienten multipliziert, als die der Absolventen normaler Gymnasien. Die Änderung dieses Verfahrens war eines der wichtigsten AKP-Wahlversprechen. Bildungsminister Hüseyin Çelik gestand nun den Imam-Hatip-Absolventen die Möglichkeit zu, parallel zu ihrem Abschluss einen zweiten in einem „offenen Gymnasium“ (z.B. Abend-schule) ablegen zu können. Der Koeffizient des zweiten Abschlusses wäre dann Grundlage für das Hochschulzugangsverfahren. Die achte Kammer des Oberverwaltungsgerichts Ankara hat nun die Ausführungsbestimmungen des türkischen Bildungsministeriums aufgehoben, nachdem der Türkische Hochschulrat (YÖK) gegen dagegen geklagt hatte. Der zuständige Minister reagierte sehr überrascht auf dieses Urteil und kündigte an, alle rechtlichen Schritte gegen das Urteil zu prüfen.

Beide Urteile sind wenig hilfreich für eine einvernehmliche Lösung des türkischen „Kopftuchproblems“. Sie dokumentieren die Bruchlinien des Kopftuchstreits in der Türkei. Die einen verbinden mit dem Kopftuch Rückschritt und Verlust republikanischer Errungenschaften, die anderen sehen in jeder „gegen die Religion gerichteten“ Entscheidung gleich die Abschaffung der Religion im Ganzen. Ein Kompromiss in beiden Fragen scheint unumgänglich, wenn man auf Dauer keine Zuspitzung der Auseinandersetzungen riskieren will.

Info-Mail

Ministerpräsident Tayyip Erdoğan hat in den vergangenen Monaten etliche gerichtliche Schadensklagen wegen Verunglimpfung seiner Person in den Medien erfolgreich durchgesetzt. In den letzten Tagen jedoch wurden zwei Verfahren abgelehnt. Das bekannteste war ein Streit um Karikaturen in einer türkischen Satirezeitschrift. Zuvor hatte schon das höchste türkische Gericht, der Kassationsgerichtshof, gegen den Ministerpräsidenten geurteilt. Der stellv. CHP-Fraktionsvorsitzende Haluk Koç hatte Erdoğan als Religionskrämer und unehrlichen Laizisten bezeichnet, der unterschiedliche Identitäten annehme, je nachdem mit wem er gerade rede. Der türkische Ministerpräsident klagte erfolgreich in erster Instanz auf Schadensersatz. Die nun ablehnende Begründung des Revisionsgerichts lautet: Die betreffende Person müsse akzeptieren, dass die Kritikresistenz mit zunehmender Bedeutung der Position auch zunehmen müsse, weshalb auch harte und schwere Kritik toleriert werden müsste. +++ Der pensionierte Vier-Sterne-General, Tuncer Kilinç, hat sich zur Wahl des nächsten Staatspräsidenten geäußert. Er fände es sehr problematisch, dass das aktuelle Parlament den neuen Präsidenten wähle und plädiere deshalb für vorgezogene Parlamentswahlen. Es gebe keine rechtlichen Gründe, weshalb die neue First Lady kein Kopftuch tragen dürfe. Es wäre jedoch besser, dies geschehe erst gar nicht. Überdies empfahl er den Politikern: „*Wenn Ihre Frau aus religiösen Gründen das Kopftuch trägt, sie aber die Türkei führen und regieren wollen, dann müssen Sie sich halt von ihrer Frau scheiden lassen*“. +++ Der Papstattentäter und Mörder Mehmet Ali Ağca wurde wenige Tage nach seiner Freilassung wieder in Haft genommen. Auf Antrag des türkischen Justizministeriums korrigierte der türkische Kassationsgerichtshof die Entscheidung seiner vorzeitigen Entlassung. Ağca wird nun mindestens bis zum Jahr 2010 in Haft bleiben. +++ Statistiken des türkischen Kassationsgerichtshofs aus dem Jahr 2005 sind Ausdruck eines gravierenden

Problems des türkischen Justizsystems. Im vergangenen Jahr wurden 200.000 Gerichtsurteile durch das Gericht revidiert und „nur“ 180.000 wurden bestätigt. Der Vorsitzende des türkischen Rechtsinstituts, Prof. Dr. Vahit Doğan, teilte mit, dass natürlich Gerichte erster Instanz nicht immer korrekt entscheiden könnten, die Zahl der Revisionen sei aber eindeutig zu hoch. Als Gründe nannte der Jurist die Überforderung der Gerichte und die unzureichende Personalausstattung. Durch den Arbeitsdruck und die ökonomische Situation der Richter, könnten diese kaum noch die wissenschaftliche Literatur verfolgen. Die hohe Zahl der Revisionen bei den Strafrechtsverfahren von 70% im Jahr 2005 habe hingegen mit dem neuen Strafrecht zu tun. +++ Parlamentspräsident Bülent Arınç hat sich wiederholt zu den Diskussionen um die kommende Präsidentenwahl im Frühjahr 2007 geäußert. Er regt an, die einmalige siebenjährige Amtsperiode durch zwei fünfjährige Amtsperioden zu ersetzen. Zudem sei eine Ausnahme denkbar, so dass sich der jetzige Amtsinhaber Ahmet Necdet Sezer zur Wiederwahl stellen könnte. Der Frage, ob er für eine Kandidatur zur Verfügung stehe, wick er aus. +++ Nachdem das Verfahren gegen Orhan Pamuk wegen „Verunglimpfung des Türkentums“ eingestellt wurde, wurde auch Hrant Dink, Herausgeber und Chefredakteur der armenischen Monatszeitschrift Agos freigesprochen. 2002 hatte er gemeinsam mit dem stellv. Vorsitzenden der Menschenrechtsorganisation Mazlum-Der Şehmus Ülek auf einer Podiumsdiskussion in Şanlı Urfa gesprochen. Beiden wurden ähnliche Straftatbestände, wie Beschädigung des Türkentums etc. vorgeworfen. +++ Die zivile türkische Luftfahrtbehörde hat türkische Fluglinien ermahnt, Piloten zu beschäftigen, die die Vorschriften einhielten und nicht durch unnötige Risikobereitschaft auffielen. Anlass ist der Bericht zum Unfallhergang einer Passagiermaschine der Turkish Airlines, die vor zwei Jahren bei schlechtem Wetter beim Landeanflug auf den Flughafen Diyarbakır abstürzte. 75 Menschen starben damals bei diesem Unglück. Fluglotsen hatten die Diskussion zusätzlich angeheizt, weil sie sich über Piloten mit Militärvergangenheit beschwerten. Jene fielen besonders durch mutige Flugmanöver auf. Medienberichten zufolge führte der Boom im türkischen Flugverkehr, im Rahmen dessen seit zwei Jahren neue Airlines gegründet wurden und vorhandene expandierten, vermehrt zur Einstellung unerfahrener Piloten, die als erste Offiziere nun türkische Passagiermaschinen steuerten. +++ Eine Investmentgruppe des türkischen Großunternehmens Ülker bietet die ersten „islamischen“ Fondsanleihen an. Anteile an diesem Investmentfonds können Ende Februar gekauft werden. 15 türkische Firmen sind an diesem Fond beteiligt. Die Voraussetzungen waren u.a.: Verbot gewisser Geschäftsaktivitäten (z.B. im Vergnügungs- oder Waffensektor) und hoher Verschuldungsquoten. Damit diese und andere Kriterien eingehalten werden, soll alle drei Monate ein sog. Scharia-Rat darüber befinden, ob einzelne Firmen gegen diese Auflagen verstoßen. +++ Kutlu Şavas ist der ehemalige Vorsitzende des Untersuchungsrates der Staatskanzlei und war damals mit der Aufklärung des Susurluk-Skandals beauftragt. Er hat einen Bericht darüber verfasst, in dem er die Verbindungen von Staat, Mafia und Politik aufdeckte. Nun wurde er in der parlamentarischen Untersuchungskommission zur Aufklärung der Vorgänge in Şemdinli von den Parlamentariern befragt. Savaş soll hierbei ausgesagt haben, dass es innerhalb des Staates eine Organisationsform gebe, die unkontrollierbar sei. *„Lasst uns bewusst sein, es gibt Verräter unter uns“*, so Savaş und *„Susurluk ist ein Ereignis, welches zustande kam, weil einige Kräfte im System ihre Kompetenzen überschritten haben. Solange die zuständigen Vorgesetzten diesem nicht Einhalt gebieten, solange werden die Überschreitungen weiter gehen“*. +++ Das türkische Oberverwaltungsgericht hat einem Revisionsantrag stattgegeben, der viele Menschen in den Erdbebenregionen in der Türkei Hoffnung geben wird. Angehörige von Verstorbenen und materiell Geschädigte des Marmara-Erdbebens vom 17. August 1999 hatten eine Schadenersatzklage gegen

die staatliche Verwaltung eingereicht. Die Gemeinden und das Gouverneursamt in Sakarya seien ihrer Pflicht bei der Baukontrolle und anderen Aufgaben nicht ausreichend nachgekommen, erst dadurch seien diese Gebäude eingestürzt. Das Oberverwaltungsgericht hat nun einen Gutachter beauftragt, der die genaue Schadenshöhe aller 25 Kläger feststellen soll. Dieser Richterspruch hat einen großen symbolischen Wert. Bisher wurden nur vereinzelt Bauunternehmer und Firmen für den Einsturz von Gebäuden bei den Erdbeben für schuldig befunden. Zum ersten Mal muss sich nun auch die Verwaltung vor Gericht verantworten. Dies, so hofft man zumindest, schreckt künftig alle diejenigen schwarzen Schafe ab, die bei der Bauaufsicht gerne mal beide Augen zudrücken. +++ Im Jahre 2005 besuchten 21,1 Mio. Touristen die Türkei. Dies bedeutet ein Zuwachs von 20,4% gegenüber dem Vorjahr. +++ Der Menschenrechtsgerichtshof hat einem türkischen Wehrdienstverweigerer eine Entschädigung von 11.000,- Euro zugesprochen. Der junge Mann hatte 701 Tage im Gefängnis verbringen müssen, weil er den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen ablehnte. Dies ist in der Türkei nicht erlaubt. Das Gerichtsurteil aus Straßburg führte zu einer öffentlichen Diskussion über die mögliche Einführung eines „Ersatzdienstes“. ++++ Einer Studie des türkischen Industrieverbandes TÜSIAD zur Folge hat sich die Quote der beschäftigten Frauen in der Wirtschaft von 17,3% im Jahre 2000 auf 18,3% im Jahre 2004 erhöht. Die offizielle Beschäftigung von Frauen in den ländlichen Gebieten der Türkei erhöhte sich von 5,7% auf 5,9%, in den Städten ging sie von 14,2% auf 13,6% in dem gleichen Zeitraum zurück. Das türkische Arbeitsministerium legte ebenfalls einige Zahlen vor: 34% aller Ärzte, 25% aller Professoren und 21% der hochrangigen Diplomaten seien Frauen. +++

Ankara, den 16. Februar 2006

Frank Spengler/ Dirk Tröndle